

TRANSFORNOMICS

Wirtschaftsforum der SPD e. V. (Hg.)

TRANS FOR NOMICS

Zur ökonomischen Zeitenwende



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0643-7

Copyright © 2022 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Hermann Brandner, Köln
Umschlagbild: Efe Kurnaz on Unsplash
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2022

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de



DIETZ & DAS
Der Podcast zu Politik, Gesellschaft und Geschichte
Auf allen Podcast-Plattformen abrufbar.

Vorwort.....13

Geleitwort von Lars Klingbeil.....17

1. Zeitenwende nach dem Ukrainekrieg.....21

Prof. (em.) Dr. Herfried Münkler

Nach dem Ukrainekrieg.....23

Prof. Dr. Daniela Schwarzer

Zeitenwende nach der Ukraine.....29

Sigmar Gabriel

Eine neue Dialektik der Welt.....36

Dr. Patrick Graichen und Holger Lösch im Interview mit Matthias Machnig.....41

Dr. Stefan Mair

Die außenpolitische Zeitenwende und das Geschäftsmodell Deutschland.....56

Petra Justenhoven

Szenarien-Denken fürs 21. Jahrhundert: Wie die deutsche Wirtschaft resilienter wird.....61

Marc Saxer

Die Rückkehr der Geoökonomie.....66

Dr. Stormy-Annika Mildner

Friend-Shoring und das Ende des Multilateralismus?

Große Herausforderungen für die Handelsnation Deutschland.....74

Matthias Machnig

Die politische Zeitenwende ist auch eine ökonomische Zeitenwende –

Deutschland und Europa brauchen jetzt eine ökonomische und soziale Resilienzstrategie.....82

Wissenschaftlicher Beirat des Wirtschaftsforums der SPD

Herausforderungen der ökonomischen Zeitenwende –

Eine Zukunft mit Wohlstand, Resilienz und Nachhaltigkeit kommt nicht von allein.....88

Dr. Frank Wilhelmy

Brauchen wir eine »Wirtschafts-NATO«?.....93

Heiko Kretschmer

Die Krise erfordert mehr Transparenz.....99

Prof. Dr. Jens Südekum

Die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland nach Kriegsende.....103

Michael Vassiliadis

Wie viele Brüche verträgt die Transformation?.....108

Dr. Thieß Petersen

Folgen des Ukrainekrieges für die internationale Arbeitsteilung.....113

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Zeitenwende: Ein Booster für die Energiewende schafft Frieden.....118

Achim Post

**Zeitenwende in und für Europa – mit starkem Zusammenhalt
und starken Zukunftsinvestitionen.....123**

Dr. Rainer Dulger

Starke Unternehmen – sicheres Deutschland.....128

Christoph P. Mohr

Zentralasien im geopolitischen Spannungsfeld.....132

Dr. Ana Helena Palermo Kuss / Prof. Achim Wambach, PhD

Suche nach robusten Brücken zu China.....137

2. Rahmenbedingungen für die Transformation schaffen.....143

Dr. Jörg Zeuner

Großmachtwettbewerb: Deutschland zwischen den Stühlen.....145

Joe Kaeser

**Versorgungssicherheit hat jetzt Priorität –
Der Klimawandel darf jedoch nicht vergessen werden149**

Prof. Tom Krebs, PhD

Klimaschutz und der moderne Staat.....155

Dr. Dierk Hirschel

Fortschritt gestalten.....160

Dr. Volker Treier

**Offen, strategisch, autonom – Die neue europäische Handelspolitik
aus Sicht des deutschen internationalen Mittelstandes.....167**

Prof. Dr. Friederike Welter

Die Chance zu einem Strategiewechsel nutzen.....172

Michael Schrodi

Investitionen in die Zukunft oder Schwäbisches-Hausfrauen-Gedächtnis-Sparen.....176

Dr. Claus Michelsen / Dr. Marius Clemens

Öffentliche Investitionen zahlen sich dreifach aus.....180

Jörg Hofmann

Öffentliche Investitionen: Eine Gretchenfrage der Transformation.....184

Dr. Gerhard Schick

Wirtschaftsstabilisierungsfonds zum Transformationsfonds umbauen188

Dr. Katja Rietzler / Dr. Silke Tober

Was kann ein staatlicher Transformationsfonds leisten?.....192

Thorben Albrecht / Ralf Rukwid

Damit Deutschland Industrieland bleibt, braucht es jetzt eine gezielte Förderpolitik.....197

Iris Plöger

Notwendige Schritte für eine erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung.....201

Prof. Dr. Hans-Peter Benedikt

**Wie eine langfristig erfolgreiche Transformation zu einer resilienten Wirtschaft
gelingen kann.....205**

Hans Peter Wollseifer

Zeit für eine Bildungswende.....209

3. Nachhaltige Transformation auf den Weg bringen.....213

Thomas Wessel

Mehr Transformation wagen.....215

Michael Wiener

Mit echter Kreislaufwirtschaft echte Rohstoffunabhängigkeit.....219

Dr. Oliver Geden / Dr. Brigitte Knopf	
Deutschland auf dem »1,5-Grad-Pfad«?	
Die Bundesregierung muss Bewertungskriterien klären.....	224
Carsten Spohr	
Klimaschutz und Wirtschaftskraft – Zwei Seiten einer Medaille.....	228
Prof. Dr. Michael Hüther	
Konzertierte Aktion für die große Transformation.....	232
Thomas Kutschatj	
Für die Arbeit von morgen: Ein Stabilitätsfonds für Nordrhein-Westfalen.....	236
Prof. Dr. Sebastian Sieglösch	
Steuerliche Anreize für Innovationen wirken!.....	241
Dr.-Ing. Stefan Hartung	
Viele Wege führen zum klimaneutralen Fahren.....	244
Hildegard Müller	
Wir müssen mutige Entscheidungen treffen.....	248
Oliver Luksic	
Gelenkte Automobilwirtschaft.....	252
Dr. Ingo Wortmann	
Mit der Zeitenwende zur Mobilitätswende mit Bus und Bahn	255
Markus Töns	
Eine neue Dekade des Strukturwandels steht an.....	259
Sarah Philipp	
Fortschritt aus Stahl.....	263
Jörg Asmussen	
Eine gute Beziehung: Grüne Transformation und Versicherer.....	267
Ralph Müller-Beck / Lennart Nübel	
Kreislaufwirtschaft – Der neue Wachstumsmotor in Deutschland und Europa	270
Dr. Markus Steilemann	
Die Kreislaufwirtschaft als Wachstumsmotor.....	274

Philipp Schlüter

Mehr Industrieproduktion wagen.....278

Dr. Nils Heisterhagen

Ein Unternehmerstaat ist alternativlos – Das Beispiel der Klimapolitik.....282

4. Digitale Transformation vorantreiben287

Prof. Dr. Florian Bieberbach

Digitale Daseinsvorsorge – Europas Chance in der Digitalisierung?.....289

Sebastian Hartmann

Ein mutiges Europa kann digitaler Vorreiter sein!.....294

Prof. Dr. Henning Kagermann

10 Jahre Industrie 4.0: Der Mensch steht im Mittelpunkt.....301

Dr. Gunther Kegel

Elektrifizierung und Digitalisierung: Chancen für mehr Klimaschutz nutzen.....305

Dr. Joachim von Schorlemer

Selbstbestimmte Digitale Identitäten sind der Grundbaustein für eine digitale Wirtschaft.....309

Dr. Christian Kellermann

KI für die Kleinen und Mittleren Unternehmen – passgenau, partizipativ und praktisch.....314

5. Nachhaltige Energiewende beschleunigen.....319

Prof. Dr. Ines Zenke

Energie: Als ob wir auf Optionen verzichten könnten321

Prof. Dr. Gustav Horn

Embargo oder Nicht-Embargo? Oder Besonnenheit gegen Eifertum.....326

Dr. Thomas Treiber

Verkraftbar – oder doch verheerend? Die möglichen Folgen eines Gasembargos aus der Perspektive eines kleinen mittelständischen Industriebetriebs.....331

Andreas Kuhlmann

Energieeffizienz hat Potential. Braucht aber klare Prozesse.....338

Dr. Christoph Maurer

Eine europäische Antwort auf die Energie(preis)krise.....341

Sven Becker

Die Energiewende muss gelingen.....347

Kerstin Andreae

Die Wärmewende im Blick.....353

Prof. Dr. Sebastian Gechert

Der Klimabonus schlägt vier Fliegen mit einer Klappe.....355

Philipp Krohn

Nachhaltige Entwicklung: Leben in einer 2-Tonnen-CO2-Welt.....358

Dr. Lukas Köhler

Klimawandel – Wirkungslose Strategie des Verzichts.....365

Dr. Christian Ossig

Klimaschutz und Banken: Eine fruchtbare Liaison.....369

6. Wende auf dem Wohnungsmarkt einleiten.....375

Prof. Tom Krebs, PhD / Prof. Dr. Carsten Kühl

Wohnraumoffensive der neuen Bundesregierung – die Richtung stimmt.....377

Dr. Andreas Dressel

Für Kooperation statt Konfrontation in der Wohnungspolitik!.....381

Daniel Born

Für ein Land der Nachbar*innen.....383

7. Gesundheitswirtschaft als Innovationstreiber387

Prof. Dr. Hagen Pfundner

Die industrielle Gesundheitswirtschaft im 21. Jahrhundert: Inkubator für nachhaltiges Wachstum?!.....389

Prof. Dr. Susanne Knorre

Big Data für nachhaltigen Fortschritt nutzen: Jetzt!.....393

Dr. Hans-Georg Feldmeier

Sichere Arzneimittelversorgung für Europa.....398

Prof. Dr. Jochen Maas

Wir schaufeln unser eigenes Grab.....403

8. Arbeit und Qualifizierung – Ein wichtiger Schlüssel für die Transformation.....409

Dr. Ariane Reinhart

Qualifizierung in der Transformation – Wir brauchen einen Masterplan.....411

Prof. Dr. Enzo Weber / Dr. Christian Hutter / Dr. Hermann Gartner

Große Rezession und Coronakrise: Wie der Arbeitsmarkt zwei sehr unterschiedliche Krisen bewältigt.....416

Dr. Holger Schmieding

Mehr Beitragszahler braucht das Land.....423

Daniel Friedrich

Perspektiven für die junge Generation: gebt Jugendlichen eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz427

Christiane Benner

Mehr Mitbestimmung wagen429

Prof. Bernd Fitzenberger, PhD

Coronakrise, Demographie und Transformation: Wie lässt sich die Erwerbstätigkeit steigern?.....433

Dr. Karamba Diaby

MINT-Bildung als Chance für die Wirtschaft.....439

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....443

Literatur und Anmerkungen.....451

Zur ökonomischen Zeitenwende

Der Tag des Überfalls auf die Ukraine, der 24.2.2022, wird als Zäsur in die europäische Geschichte eingehen. Europa war zwar seit 1945 nicht frei von kriegerischen Auseinandersetzungen, erstmals aber hat ein Staat einen anderen völkerrechtswidrig überfallen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat darauf sicherheitspolitisch schon reagiert, in dem er im Deutschen Bundestag eine **Zeitenwende** angekündigt hat. **Zeitenwende** wurde seitdem zum geflügelten Wort dafür, was dieser fundamentale Einschnitt für die geo-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Ordnung bedeutet.

Wir stehen vor einer Dekade der ständigen Veränderungen. Die Zeitenwende ist eine geopolitische und ökonomische besonders für Europa mit großen Auswirkungen auf Lieferketten, Handelsbeziehungen, aber auch zivilgesellschaftliche Zusammenarbeiten. Faktisch tritt eine dritte Transformation der Wirtschaft neben die digitale und klimapolitische Transformation. Ein System, in dem drei voneinander weitgehend unabhängige Transformationsprozesse zeitgleich ablaufen, erfährt aber immer wieder eruptive Momente oder muss sogar chaotische Phasen durchlaufen.

Die Ukraine-Krise hat aber grundsätzlich und endgültig die Verletzbarkeit des deutschen Exportmodells unter Beweis gestellt und die Abhängigkeit von einzelnen Ländern bei Rohstoffen sowie bei einigen Vorprodukten (z. B. Computerchips) offenbart. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten voll auf die Globalisierung und regelbasierten freien Welthandel vertraut, wo zu jeder Zeit Rohstoffe und Vorprodukte kostengünstig importiert werden konnten. Diese Phase der Globalisierung ist längst vorbei – spätestens jetzt. Es entstehen neue Machtblöcke und eine vermachtete Weltpolitik. Die technologische Souveränität ist in einigen Branchen nicht mehr gegeben. Die Abhängigkeit vom Ausland enorm. **Resilienz** ist dadurch zum Stichwort der Stunde geworden.

Dabei wird es nicht um den Aufbau von Nationalökonomien gehen, denn auch diese sind keineswegs resilient, sondern im besten Sinne muss Resilienz auf unterschiedliche Quellen und Verfahren setzen, muss Alternativen

offenhalten und so eindimensionale Abhängigkeiten vermeiden. Dies gilt insbesondere in der Energiepolitik. Wer jetzt auf einzelne Technologie setzt und schon glaubt, er kenne die Ausgestaltung unseres Energiesystems in 25 Jahren, der wird mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern. Eine resiliente Strategie setzt jetzt auf alle technologischen und systemischen Pfade, auf grünen Strom und grüne Moleküle. Eine resiliente Strategie denkt auch an die Bestandsmärkte und verfolgt daher auch CO₂-Minderungsaktivitäten für Verbrennungsmotoren und bestehende Wärmetechnologien. Im umfassenden Sinne muss sie auch auf Klimaanpassungsmaßnahmen setzen, weil wir nicht wissen, ob Klimapolitik global in den nächsten Jahren schnell genug vorankommen wird.

Daher müssen wir den Prozess der Resilienz sehr konsequent verfolgen. So eine notwendige Resilienzstrategie ist aber nur möglich in einem breiten industriepolitischen Konsens. Vielstimmige und divergierende Interessen müssen integriert werden, auch weil sie im Sinne der Resilienz eine Chance bieten.

Diese Notwendigkeit zu mehr Kooperation wird eine andere Form der Politik erfordern. Politik muss die Menschen viel mehr als bisher mitnehmen, sie in Entscheidungen einbinden. Politische Entscheidungsträger müssen ihre Entscheidungen erkennbar als Ergebnis von Konsultationen mit Experten, aber auch Betroffenen herausstellen. Die Corona Politik der Jahre 2020/21 mit den Ministerpräsidentenkonferenzen als dem Hochamt der politischen Entscheidung waren das genaue Gegenteil dessen. In Zukunft brauchen wir mehr Mut zur Transparenz und zur Benennung von Unsicherheiten in der Politik. Das alles erfordert ein neues Bündnis, eine neue Konzertierte Aktion. Dieses Bündnis gibt es bislang nicht – auch wenn mit der »Allianz für Transformation« und der »Konzertierten Aktion Inflation« die richtige Leitidee schon zum Regierungshandeln wurde.

Dieses Bündnis ist die politische Aufgabe für die nächsten Monate – und Jahre.

Das vorliegende Buch versucht Eindrücke für die bedeutenden Themenbereiche und erste Ansätze und Ideen für die angestrebte Resilienz zu unterbreiten. Es geht um eine konkrete Skizze und Roadmap zu der vielfach zitierten Zeitenwende. Das erste Kapitel startet daher unmittelbar mit publizistischen Antworten auf die »Zeitenwende nach Ukraine«. Die folgenden Kapitel versuchen dann die Roadmap für die **Transformation** zu definieren und zu beschreiben, die es auch ohne die Zeitenwende der Ukraine gegeben

hätte – nur nicht so schnell und so fundamental. Entlang der allgemeinen Rahmenbedingungen der Transformation, der nachhaltigen Transformation und der Energiewende, der digitalen Transformation, der Lage am Wohnungsmarkt sowie im Gesundheitssektor und dem Arbeitsmarkt, entwirft dieser Sammelband mit namhaften Autorinnen und Autoren ein Bild der ökonomischen Zeitenwende.

In jedem Kapitel sind mehrere Texte prominenter Expertinnen und Experten zu finden. Die hier zusammengestellten Texte sind überwiegend zuvor auf dem »Blog politische Ökonomie« erschienen, den **das Wirtschaftsforum der SPD e. V.** betreibt. Auf der Website des Blogs (www.blog-bpoe.com) sind noch weitere Beiträge zu finden. Unabhängig von diesem Buch wird die Debatte dort weitergehen. »Transfornomics« ist bereits das zweite Buch in dieser Gestalt. Im Mai 2021 erschien bereits »Postcoronomics«. Niemand konnte ahnen, dass man nach dem bereits einschneidenden Ereignis der Corona-Krise innerhalb so kurzer Zeit eine zweite fundamentale Krise erleben würde – und wirtschaftlich gesehen, nach einem großen Nachfrageschock noch einen Angebotschock erlebt. Wie im Vorgängerbuch beleuchten die hier abgedruckten Texte die Vielfalt und Komplexität der für diese Bereiche relevanten Aspekte und verbinden so Gegenwartsanalyse, Zukunftserwartung und Agenda-Notwendigkeiten.

Bereits das Vorgängerbuch betonte, dass nicht mehr alles so bleiben kann wie es ist und nichts mehr so bleiben darf wie es ist. Dies gilt nach Ukraine noch umso mehr. Vielmehr: Wandel ist notwendig.

Wir hoffen, dass dieser Band Anregungen für eine ökonomische Zeitenwende liefern kann. Dies war nur möglich, weil gut 80 Autorinnen und Autoren dazu einen Beitrag geleistet haben.

Wir möchten uns herzlich bei allen Autorinnen und Autoren für ihre Mitarbeit und die anregenden Texte bedanken.

Der Herausgeber, das Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Juni 2022

Geleitwort von Lars Klingbeil

Eine berühmte Definition von Krise geht auf den italienischen Schriftsteller und Intellektuellen Antonio Gramsci zurück. Er fasst den spezifischen Charakter einer Krise so, dass das Alte nicht mehr ist, das Neue aber noch nicht begonnen hat. In diesen Tagen mag den einen oder die andere das Gefühl überkommen, dass wir uns als Gesellschaft in einer solchen, schwer fassbaren Zwischen-Zeit befinden. Im Europa des 21. Jahrhunderts tobt ein Krieg. Der russische Präsident Putin überzieht seit dem 24. Februar 2022 die Ukraine mit einem grausamen Angriffskrieg. Er lässt Zivilisten töten, Städte bombardieren, bricht hundertfach das Völkerrecht und zerstört die europäische und weltweite Friedensordnung.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat als Reaktion auf diese historische Zäsur und ihre noch nicht abzusehenden Folgewirkungen den Begriff der Zeitenwende geprägt. Es liegt nun an uns allen, diese Zeitenwende anzunehmen und politisch auszufüllen. In der medialen Debatte dient diese Situation bisher manchem als Vorwand, um alte Konzepte aufzuwärmen und als neue Ideen zu verkaufen. Von diesem Handeln möchte ich dringend abraten. Wir sollten das Gegenteil tun: Diesen Moment nutzen, um alte Denkmuster über Bord zu werfen, die Bedingungen schaffen für Neues. Das vorliegende Buch will hierzu beitragen. Es möchte neue Ideen liefern, wie eine ökonomische Zeitenwende aussehen kann. Diese neuen Ideen werden gebraucht, denn wirtschaftspolitisch stehen wir vor enormen Herausforderungen: Energiepreisschock, Inflation, drohende De-Globalisierung. Zumal in den nächsten Jahren die Weichen gestellt werden müssen für eine umfassende Transformation unserer Art zu wirtschaften und zu leben. Ich möchte drei Fragen umreißen, die wir beantworten müssen, um diese Transformation zu meistern.

Erstens: Wie gelingt eine neue, globale Klimaökonomie und wie reagieren wir auf die drohende De-Globalisierung? Wir haben uns als Gesellschaft eine Jahrhunderaufgabe vorgenommen: eine soziale und ökologische Transformation, um in Deutschland spätestens 2045 klimaneutral zu wirtschaften. Diese Aufgabe ist durch den russischen Angriffskrieg noch dringlicher geworden ist. Erste Konzepte hierfür liegen auf dem Tisch, von der massiven

Förderung von grünem Wasserstoff über Innovationsagenturen hin zu Klimaverträgen (Carbon Contracts for Difference).

Dabei wird entscheidend sein, diese Konzepte einerseits klug zu verzahnen sowie andererseits diese neue Klimaökonomie konsequent global zu denken. Bis 2030 müssen wir die globalen CO₂-Emissionen um 45 Prozent gegenüber 2010 reduzieren. Bis zur Jahrhundertmitte müssen wir global »Netto Null« erreichen, das heißt CO₂-Neutralität. Das wird nicht klappen, wenn wir auf die Langsamsten warten. Wir werden neue, internationale Formate brauchen, die Standards setzen, klimafreundliches Verhalten konsequent belohnen und so vorangehen.

Zugleich müssen wir Globalisierung neu denken. Bereits die Coronapandemie hat uns schmerzlich gezeigt: Die Globalisierung, wie wir sie kennen und von der wir als Exportland so stark profitiert haben, steht auf wackeligen Pfeilern. Niemand bestreitet, dass Spezialisierung ökonomisch sinnvoll ist, dass sich Länder oder Regionen auf das konzentrieren, was sie im Vergleich zu anderen am besten können. Das macht Produkte besser und senkt Kosten. Aber genau dieselbe Spezialisierung und die immer tieferen Wertschöpfungsketten bringen große Abhängigkeiten mit sich. Dann gibt es für bestimmte Produkte auf dem globalen Markt nur noch eine Handvoll Anbieter. In sogenannten Normalzeiten mag das kein Problem sein. Aber während einer Pandemie? Oder eines Krieges?

Weder sollten wir die Globalisierung jetzt verdammen noch versuchen, sie zurückzudrehen. Wir sollten nur etwas weniger naiv auf ihre Vorbedingungen und Konsequenzen blicken. Wenn wir in Zukunft Brüche in kritischen Wertschöpfungsketten vermeiden wollen, brauchen wir eine andere, eine vorausschauende Politik. Wir benötigen auch eine Debatte darüber, welche Produkte für Deutschland und Europa strategisch so wichtig sind, dass die Versorgung auch in Notfällen gesichert sein muss.

Zweitens: Wie schaffen wir die Bedingungen für Innovationen und innovatives Denken? In den kommenden Jahren brauchen wir in Deutschland eine neue GründerInnenzeit. Hierfür kann auch Politik einiges tun. Zunächst aber sollten wir damit beginnen, einen alten, machtvollen Mythos zu entzaubern, wenn es um Innovationen geht. Wenn jemand Innovation sagt, dann denken vielen von uns vielleicht an folgende Szene: Eine einsame Garage irgendwo in den Weiten der USA; ein junger Mann mit großen Zielen und unbändigem Ehrgeiz; plötzlich hat er einen Geistesblitz, arbeitet über Wochen wie besessen, Zuschauerinnen und Zuschauer warten gebannt: Ei-

nige Wochen später wird der erste Computer geboren oder das erste Soziale Netzwerk erblickt das Licht der Welt.

Das ist eine schöne Geschichte. Aber nicht mehr als das: Eine Geschichte. Forscherinnen wie Mariana Mazzucato haben gezeigt: Innovationen, besonders jene, die auch der Gesellschaft helfen, funktionieren grundlegend anders. Beispielsweise hat in den USA die staatliche Defense Advanced Research Project Agency, kurz DARPA, durch Grundlagenforschung die Voraussetzungen geschaffen für selbstfahrende Autos, für GPS und Spracherkennung. Für uns in Deutschland bedeutet das: Ohne staatliche Investitionen und kluge Regeln wird es kein Ladenetz für Stromer, keine Wasserstoffindustrie, keine Batteriefertigung, keine Grundlagenforschung, keine flächendeckende Versorgung mit schnellem Netz geben. Natürlich braucht es für Unternehmen zuallererst Gründerinnen und Gründer, mit Erfindergeist, Originalität und Bereitschaft zum Risiko. Aber es braucht auch die richtigen Regeln, Anreize und staatliche Investitionen. Auch der Staat sollte mal ins Risiko gehen können. Wir sollten den alten, überkommenen Widerspruch von Markt und Staat hinter uns lassen und gemeinsam die Frage beantworten: Wie schaffen wir ein Innovationsregime, das unsere Marktwirtschaft neu belebt? Welche Aufgaben müssen dafür Unternehmen, welche staatliche Stellen und Verwaltung übernehmen?

Drittens: Was sind die Konturen eines neuen, sozialen Gesellschaftsvertrags? Wir stehen in den entwickelten Industrienationen vor dem Problem, dass das alte Versprechen »Aufstieg durch Bildung« nicht mehr gilt. Viele Menschen, auch in Deutschland, kommen mit ihrem Lohn kaum oder gerade so über die Runden, selbst wenn sie gute Ausbildungen absolviert haben. Bei anderen reicht das Geld gar nicht bis zum Monatsende. Das sind Situationen, mit denen wir uns nicht abfinden dürfen—gerade meine Partei. Mit der Einführung des Mindestlohns und der Erhöhung auf 12 Euro haben wir wichtige Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitssituation vieler Menschen in Deutschland merklich zu verbessern.

Und doch gibt es noch tieferliegende Probleme. Ungleiche Chancen vererben sich über Generationen, verfestigen sich in Verhalten und Habitus und geben irgendwann den Ausschlag im Bewerbungsgespräch oder bei der Wohnungssuche. Oder führen dazu, dass in Deutschland an zentralen Schaltstellen in Politik, Unternehmen und Verwaltung Menschen z. B. Arbeiterfamilien deutlich unterrepräsentiert sind. Diese Herausforderungen betreffen wirtschafts- und sozialpolitische Fragen und weisen zugleich über sie

hinaus. Sie klug zu beantworten, wird die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der kommenden Zeit.

In den vergangenen Monaten, so scheint es, hat die öffentliche Debatte an Schärfe gewonnen. Es ist von Lagern die Rede, Freund-Feind-Zuschreibungen überlagern Argumente. Als Gesellschaft brauchen wir die demokratische Debatte, auch demokratischen Streit, um neue Argumente auszutauschen, abzulehnen oder aufzunehmen und unseren Denkhorizont zu erweitern. Aber diese Debatten sollten uns am Schluss zusammenbringen, nicht auseinanderführen. Ich habe mich deshalb gefreut, dass in diesem Band Autorinnen und Autoren unterschiedlicher »Lager« versammelt sind, verschiedene Perspektiven zusammengebracht, in Dialog gesetzt werden. Vielleicht gelingt es uns, diese schwer fassbare Zwischen-Zeit auch dafür zu nutzen, unsere Debattenkultur zu pflegen: Weniger darüber streiten, welche Absichten hinter Argumenten stecken, sondern die Argumente selbst zu sehen. Wer weiß, vielleicht finden Sie ja einen Beitrag, der Sie mit neuen Ideen überzeugt?

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Lars Klingbeil

1.

Zeitenwende nach dem Ukrainekrieg

Nach dem Ukrainekrieg

Mai 2022

Der Begriff der Zeitenwende oder gar der einer Zäsur, der unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine als Bezeichnung der veränderten Lage Verwendung fand, steht dafür, dass mit einem Mal nichts mehr so ist, wie es eben noch war. Üblicherweise meidet die Politik solche Begriffe – außer sie stehen für eine Wende zum Guten, zum Erhofften und doch Unerwarteten. Das war am 9. November 1989 der Fall, als die Berliner Mauer mit einem Mal durchlässig wurde. Auch damals war danach nichts mehr so, wie es zuvor gewesen war. Der Begriff der »Wende«, der sich schnell einbürgerte, stand für den Aufbruch in eine neue Zeit, die als besser angesehen wurde als das Vergangene. Genau das ist bei dem von Olaf Scholz in der Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 verwendeten Begriff der Zeitenwende nicht der Fall: Auch wenn zunächst noch nicht klar war, wie tiefgreifend die Zäsur sein würde, so stand doch außer Frage, dass die Rückkehr des Angriffs- und Eroberungskriegs nach Europa für eine Wende zum Schlechteren, zum Schlimmen stand.

Die Vorstellung, dass der Krieg, zumal der Angriffskrieg, ein Auslaufmodell der Politik sei, jedenfalls in Europa, war mit einem Schlag dahin, ebenso wie die Vorstellung, dass man mit wirtschaftlichen Sanktionen militärische Gewalt aus dem Spiel nehmen könne, und erledigt war auch das für die europäische Ordnung der letzten Jahrzehnte zentrale Vorhaben, durch die wirtschaftliche Verflechtung der politischen Akteure und die daraus resultierenden wechselseitigen Abhängigkeiten über eine zuverlässige Garantie für den Frieden zu verfügen. Der russische Angriff auf die Ukraine steht dafür, dass keine dieser Vorstellungen gehalten hat, was man sich von ihr versprochen hat. Auch wenn die Behauptung überzogen ist, man habe sich die ganze Zeit in einem Zustand der Illusionen befunden, so ist das festzuhalten, dass auf das bisher für gewiss Gehaltene kein Verlass mehr ist und man nicht länger so agieren kann, als ob es die Grundlage einer stabilen Friedensordnung wäre.

Ein solches Eingeständnis fällt schwer, denn das auf die Zäsur folgende *Danach* lässt sich nicht länger mit der verbreiteten Redewendung von den »politischen Stellschrauben«, die man nur neu justieren müsse, an das *Davor* anschließen. Zeitenwende heißt, dass die gesamte Apparatur der Politik auf den Prüfstand gestellt und vieles daran grundlegend verändert werden muss. Wer sich dem verweigert, ist hartnäckig lernunwillig. Am Umgang mit dem Umlernbedarf einer Zeitenwende scheiden sich die Geister. Das bekommt die Friedensbewegung zurzeit besonders deutlich zu verspüren: Standen ihre Forderungen und Parolen bis vor kurzem noch für eine bessere und sicherere Zukunft, auch wenn vieles nicht sogleich realisierbar war, sondern eher für Ziele auf dem Weg in die Zukunft stand, so repräsentieren die Friedensbewegten mit einem Mal nur noch die Illusionen und Irrtümer der Vergangenheit, die ihnen nunmehr als Mitschuld am russischen Angriff auf die Ukraine vorgehalten werden. Zeitenwenden sind immer auch Akte der Umwertung und Löschung von Gewissheiten. Das ist einer der Gründe, warum Politik normalerweise ungern von Zeitenwenden oder gar Zäsuren spricht. Beides setzt sie unter den Zwang zu kognitiven und mentalen Kehrtwenden. Tut sie es doch und spricht von einer Zeitenwende, so läuft dies auf die Verordnung eines grundlegend neuen Denkens hinaus.

Dieses neue Denken beginnt damit, dass sich die Wahrscheinlichkeitskalküle für *Best-Case*- und *Worst-Case*-Szenarien grundlegend verändern. In den Kalkülen der europäischen Friedensordnung nach 1989/91 war eine gewisse Neigung zu *Best-Case*-Szenarien vorherrschend, und *Worst-Case*-Szenarien wurden eher marginal behandelt: Der schlimmste denkbare Fall werde schon nicht eintreten. Vor allem ging man davon aus, dass sich alle – im Großen und Ganzen – an die Spielregeln der Friedensordnung halten würden, denn alle profitierten ja davon. Dass einer die Regeltreue der Anderen zu deren Nachteil und zum (vermeintlich) eigenen Vorteil ausnutzen würde, wollte man sich nicht vorstellen. Sonst hätte man Putins Politik seit langem schon anders bewerten müssen: Vom zweiten Tschetschenienkrieg mit dem zerstörten Grosny als Symbol für die Brutalisierungsbereitschaft des Kremlherrn über den Georgienkrieg von 2008 mit der Bildung der Separatistengebiete von Abchasien und Süd-Ossetien bis zur Annexion der Krim und der politischen wie militärischen Unterstützung für die Separatisten in Donezk und Luhansk, von der militärischen Intervention in den syrischen Bürgerkrieg und den brutalen Luftangriffen auf die Wohnviertel syrischer Großstädte über den Einsatz der »Gruppe Wagner« in den nordafrikanischen

Kriegen zieht sich eine breite blutige Spur der Kriegführung bis hin zum Angriffskrieg auf die Ukraine. All das wäre eigentlich Grund genug gewesen wäre, Putin von Grund auf zu misstrauen und weitreichende Sicherungsmaßnahmen gegenüber Russland zu treffen.

Man hat es nicht getan, denn dann hätten die Europäer, zumal die Deutschen, den Konsum der Friedensdividende beenden und sehr viel stärker auf die Komplementierung der wirtschaftlichen durch militärische Macht setzen müssen. Aber das hätte sie von Neuem in das berüchtigte Sicherheitsparadox hineingeführt: Man erhöht das Rüstungsniveau, um gegenüber einem identifizierten potenziellen Bedroher besser gesichert zu sein; der wiederum nimmt die erhöhten Verteidigungsanstrengungen der anderen Seite als Bedrohung seiner Sicherheit wahr und rüstet seinerseits auf, was bei der Gegenseite zusätzliche Rüstungsanstrengungen erforderlich macht – *ad infinitum*. Das Sicherheitsparadox besagt, dass der Versuch zur Erhöhung der eigenen Sicherheit durch mehr militärische Macht regelmäßig in erhöhter Unsicherheit endet. Diesem Dilemma glaubte man nach 1989/91 entkommen zu sein und wollte sich nicht wieder hineinbringen. Deswegen schob man alles, was den Annahmen der nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation entwickelten europäischen Friedensordnung widersprach, an den Rand der politischen Wahrnehmung, behandelte es als Ausnahme und maß ihm keine zentrale politische Bedeutung bei – von der Zerstörung Grosnys und der brutalen Tötung von Zivilisten über die Annexion der Krim bis zur systematischen Bombardierung von Wohngebieten durch russische Kampfflugzeuge im syrischen Bürgerkrieg.

Die Marginalisierung russischer Regelbrüche war freilich nicht auf die Europäer beschränkt, sondern betraf ebenso die USA, die damit beschäftigt waren, ihre geopolitische Hauptaufmerksamkeit vom atlantischen Raum auf den pazifischen Raum zu verschieben, also China als den gefährlichsten Herausforderer ihrer globalen Dominanz anzusehen. Das begann mit Obamas Bemerkung, Russland sei nur noch eine Regionalmacht und fand ihren Höhepunkt in Trumps undurchsichtiger Hofierung Putins als eines klugen und verlässlichen Politikers. Es ging darum, dass man alle Kräfte für die Auseinandersetzung mit China frei machte und nicht durch die Konfrontation mit Russland in einen »Zwei-Fronten-Konflikt« hineingezwungen wurde, von dem man befürchtete, dass er die Vormachtstellung der USA nachhaltig gefährden und zu einer Überdehnung der Kräfte führen würde. Für die Sicht Putins und seiner Entourage kam beides, die europäische Fixierung auf eine

ökonomisch gesicherte Friedensordnung und die konfliktive Ausrichtung der USA auf China und den indopazifischen Raum, der Einladung gleich, das 1991 zerfallene russische Imperium wieder zu errichten.

Man hatte Putin und Russland als einen geostrategischen Akteur schlichtweg aus dem Blick verloren: Die Europäer, weil sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, weder Neigung noch Fähigkeit zu geopolitischem Denken hatten und überwiegend damit beschäftigt waren, die europäische Friedensordnung als Blaupause für eine neue Weltordnung zu positionieren. Damit sollte das rhetorische »Wir« der Menschheit in einen handlungsfähigen politischen Akteur verwandelt werden, der die großen Herausforderungen der Menschheit zu bearbeiten in der Lage war, Hunger und materielles Elend im Süden, die Migrationsbewegungen infolge von Dürrekatastrophen und Bürgerkriegen und vor allem den Klimawandel und das Artensterben. Und die US-Amerikaner, weil sie ihre globale Vormachtstellung verteidigen wollten und sich dabei, nachdem sie sich mehr als eine Dekade im Vergleich zu einer Transformation der muslimischen Welt verzettelt hatten, vor allem auf China konzentrieren wollten, das durch seine ständig wachsende wirtschaftliche Macht die USA herausforderte. Doch dann kam für beide Russland durch den Einsatz militärischer Gewalt dazwischen. Es war der von Putin angeordnete rücksichtslose Gebrauch militärischer Macht, der die politische Vorstellungswelt der Amerikaner und Europäer buchstäblich zertrümmerte und sie zu einem geopolitischen Paradigmenwechsel zwang. Der ist zu einer tiefen Zäsur im politischen Erwartungshorizont des »Westens« geworden.

Wo stehen wir jetzt? Womit müssen wir rechnen? Wie können wir uns darauf einstellen? Die Ära des Vertrauens auf die Geltung einer regelbasierten, wertegestützten und normgetriebenen Weltordnung ist zu Ende. Einige mögen ihr in trotziger Beharrlichkeit nach wie vor anhängen, aber das ist eher ein Akt verzweifelter Festhaltung von Vergangenheit als der eines zukunftsfähigen Erfassens realer Herausforderungen und Möglichkeiten. Normativ aufgeladene Ordnungen, wie etwa auch die europäische Friedensverordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, sind hochgradig verwundbar, und sobald es einen notorischen Regelbrecher und Werteverächter gibt, der nicht aus dem Spiel genommen werden kann, sind sie gescheitert. Das hat sich bereits im Zerfall der vom Genfer Völkerbund getragenen Zwischenkriegsordnung gezeigt. Solche Ordnungen bedürfen eines »Hüters«, der sehr viel mächtiger ist als alle Regelbrecher und der obendrein bereit ist, diese